

Nachwachsende Rohstoffe in bäuerliche Hand!

Die Entwicklung der erneuerbaren Energien und Rohstoffe muss sozial und ökologisch gestaltet werden

von Bernd Voss

Erneuerbare Energien und Rohstoffe sind in den vergangenen Jahren zum Hoffnungsträger für unterschiedlichste Interessen geworden und Gegenstand eines der dynamischsten Wachstumsmärkte überhaupt. Die politischen Rahmenbedingungen sowie deren mögliche Änderungen in der Energie-, Agrar- oder Umweltpolitik haben unmittelbare und je nach Interessenlage äußerst unterschiedliche Auswirkungen auf diese Märkte. Der folgende Beitrag schildert die noch ungenutzten Potentiale in diesen Märkten und benennt die bisherigen Gewinner und Verlierer. Er plädiert für eine Entwicklung regionaler, dezentraler Strukturen und Wertschöpfungsketten, die von den Bauern und Bäuerinnen maßgeblich mitgestaltet werden. Und er benennt die ökologischen und sozialen Eckpunkte und Grundsätze einer solchen Entwicklung.

Bei der Gewinnung erneuerbarer Energien und Rohstoffe stehen der ländliche Raum und die Landwirtschaft im Mittelpunkt. Über die Hälfte der Solarkollektorflächen befindet sich auf landwirtschaftlichen Gebäuden. Die Windenergienutzung findet auf landwirtschaftlichen Flächen statt. Und auch beim Anbau und der Verwertung nachwachsender Rohstoffe (Nawaro) sind Bauern und Bäuerinnen die zentralen Akteure. Dabei werden diese nicht, wie uns immer erzählt wird, vom Landwirt zum Energiewirt, sondern alte Erzeugungskompetenzen werden neu entwickelt. Einzelne Bauern und kleine innovative Gewerbebetriebe haben in den letzten Jahrzehnten diese Techniken fortentwickelt; das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde zum entscheidenden Motor ihres breiteren Einsatzes.

Flächenkonkurrenz

Da Fläche nicht vermehrbar ist, stehen Nawaro in Konkurrenz zu anderen Möglichkeiten der Flächennutzung. Betrachtet man die Wertigkeit einzelner Nutzungsformen, ergibt sich folgende Rangfolge:

- Nahrungsmittel,
- Sicherung der Biodiversität,
- Natur- und Umweltschutz,
- Futtermittel und Rohstoffe für Nicht-Nahrungsmittel.

Aufgrund von Produktivitätszuwächsen und sinkendem Nahrungsmittelverbrauch wird erwartet, dass mittelfristig 13,7 Millionen Hektar der 104 Millionen Hektar Ackerfläche in der Europäischen Union einer „freien Nutzung“ zur Verfügung stehen. Hinzu kommen die Flächen, die derzeit im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) stillgelegt worden sind. Insgesamt aber ist land- und forstwirtschaftliche Fläche aus europäischer Sicht knapp. Europa ist weltweit der größte Importeur von Lebens- und Futtermitteln und benötigt bei der derzeitigen Konsumstruktur bezüglich tierischer Veredelungsprodukte einen Großteil der EU-Ackerfläche für die Futterproduktion. Jährlich gehen rund sieben Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche weltweit verloren. 25 Prozent aller genutzten Böden gelten als gefährdet. 1970 standen weltweit noch 0,18 Hektar Ackerfläche pro Einwohner zur Verfügung, heute sind es noch 0,11 Hektar. Hinzu kommen große Unsicherheiten hinsichtlich negativer weltweiter Ertragsentwicklungen bis hin zu möglichen Ertragsausfällen infolge des Klimawandels.

Neue Arbeitsplätze schaffen

Für eine in der Gesamtbilanz effiziente Nutzung der verschiedenen nachwachsenden Rohstoffe und die Stärkung der regionalen Wirtschaft im ländlichen Raum ist

es zwingend erforderlich, dass gerade die ersten Verarbeitungsstufen so weit wie möglich in der Region bleiben.

Eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energieträger um fünf Prozent bis 2010, wie im Biomasseaktionsplan der EU vorgesehen, würde allein im Bereich der Biomasse 250.000 bis 300.000 neue Arbeitsplätze zum großen Teil im ländlichen Raum schaffen. Vorausgesetzt: 70 bis 90 Prozent der Biomasse werden in Europa erzeugt. Der MITRE Synthesis Report der EU von 2003 ermittelt bei einer ehrgeizigen Rohstoffstrategie der EU auf Basis der erneuerbaren Energien allein im Bereich der EU-15 fast 2,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze unterschiedlichster Qualifikationsstufen netto bis 2020. Hiervon werden rund zwei Drittel für den Bereich der Biomasse prognostiziert.

Verwertung nach Nutzungsprioritäten

Nachwachsende Rohstoffe können stofflich und energetisch genutzt werden. Dabei müssen die Nutzungsalternativen dem „Kaskadenprinzip“ (einer Beurteilung der jeweiligen Nutzung in zuvor festgelegter Reihenfolge) folgen: Nahrungsmittelnutzung, stoffliche Nutzung in der jeweiligen Wertigkeit, Sekundärrohstoff oder Rohstoff im Energiebereich oder auch Futtermittel (Ölkuchen), Nutzung von niedrigenergetischen Rohstoffen mit Lignin-Zelluloseverbauung, Nutzung als Düngemittel.

Stoffliche Verwertung

Im stofflichen Bereich existiert eine Vielzahl von Einsatzmöglichkeiten. Im Bereich der deutschen Automobilindustrie zum Beispiel stieg der Einsatz von Naturfasern von 1996 bis 2003 von 10.000 auf 45.000 Tonnen. Rohstoffe für biologisch abbaubare Werkstoffe (BAW) sind vor allem Stärkepflanzen sowie Zucker, Öl und Lignozellulose. Ihr Anteil stieg weltweit seit 1995 auf 350.000 Tonnen, fast ausschließlich auf Basis nachwachsender Rohstoffe. Weitere Stichworte sind eine sanftere Chemie als langfristige Reaktion auf die Chemikalienpolitik und der Baubereich, in dem wie bei der gesamten Verwendung von Holz zahlreiche neue Möglichkeiten weiterzuentwickeln sind.

Hemmend wirkt in den verschiedenen Produktlinien zurzeit die vielfach noch nicht realisierte Kostendegression. Ursachen hierfür sind Defizite in der Produkt- und Markteinführungsförderung sowie in den zu geringen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. Die Behäbigkeit und lobbybeeinflusste Normung ist ein weiterer Hemmschuh der Entwicklung.

Wärmemarkt

Die Bereitstellung von Wärme (50 Prozent des Weltenergieverbrauchs) aus regenerativen Quellen hat klima-

politisch eine herausragende Bedeutung. Gerade fünf Prozent der Wärme stammen aus nachwachsenden Rohstoffen. Dabei sind nur Niedrigenergiequalitäten erforderlich, sowohl beim Produkt als auch beim Rohstoff. Ein Beispiel: 35 Prozent des jährlich gewachsenen Holzes bleiben – auch unter Berücksichtigung eines erforderlichen Anteils an Restholz – in den Wäldern der EU ungenutzt (ohne Natura 2000-Gebiete). Die mögliche direkte Substitution von Erdöl und Erdgas im Wärmemarkt ist technisch fortgeschritten und ökonomisch viel einfacher als in anderen Sektoren und damit gerade eine umwelt- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Trotzdem wächst die Biomassenutzung für die Wärmeerzeugung nur sehr langsam. Es fehlen, anders als im Strom- und Kraftstoffbereich, wirksame gesetzliche Vorgaben. Diese sollten auch Geothermie und Solarthermie sowie Kühlung beinhalten. Wir brauchen ein Wärmegesetz ähnlich dem EEG.

Strommarkt

30 Prozent der Energie wird in Form von Strom verbraucht. In den kommenden drei Dekaden werden in Europa Kraftwerkskapazitäten in der Größenordnung von 200.000 Mega-Watt Stromleistung zu ersetzen sein, ein Investitionsvolumen von mindestens 200 Milliarden Euro. Damit besteht die Chance, über angepasste, dezentrale Kraftwerke verstärkt Kraftwärmekopplungssysteme (KWK) zu nutzen. Die Energieeffizienz würde dadurch erheblich gesteigert. Es wird also in den kommenden Jahren darum gehen, ob die alten Strukturen zementiert werden oder dezentral in Kraftwärmekopplungssysteme und kurze Wege investiert wird.

Die Reform des EEG im Jahr 2004 ist in Deutschland zum Motor der Biomassenutzung geworden. Die Überprüfung des Gesetzes erfolgt 2007. Die folgenden Inhalte müssen dabei erhalten bleiben beziehungsweise weiter ausgebaut werden:

- Verlässlichkeit für innovative Investitionen,
- Einspeisepreise nach Gestehungskosten und entsprechend der verfügbaren Technik ausdifferenziert,
- fünf-jährige Evaluierung zur Anpassung der Einspeisepreise bei Neuinvestitionen mit effizienteren Technologien,
- Bonussystem für neue Technologien,
- Förderung der Wärmenutzung, was insbesondere kleineren regionalen Einheiten zugute kommt.

Sinnvoll ist auch ein differenziertes Bonussystem aufgrund der eingebrachten Rohstoffe. Bisher wird die ökologische Bedeutung der Anbauformen nachwachsender Rohstoffe allenfalls indirekt honoriert. Hier besteht die Notwendigkeit, insbesondere Grünland und Zwischenfrüchte verstärkt zu nutzen, aber vor allem ei-

ne verträgliche Fruchtfolge bei der Rohstoffproduktion zu etablieren. Kuppelprodukte wie Stroh, aber auch die Verwertung von Nebenprodukten wie Ölkuchen und Schlempen, sind über ein Bonussystem zu vergüten. Differenziert betrachtet werden müssen auch Lebensmittelrohstoffe wie Getreide und Pflanzenöl. Unterbleibt eine Differenzierung, bedeutet das eine weitere Zunahme von Biogasanlagen auf der Basis von Mais- und anderer problematischer Monokulturen.

Treibstoffmarkt

Etwa 20 Prozent des Energieverbrauchs der EU entfallen auf den Verkehr. Er ist der am meisten diskutierte, aber zugleich einer der am wenigsten effiziente Bereich der Rohölnutzung. Mit Pflanzenöl, Biodiesel, Ethanol und den ersten synthetischen Kraftstoffen aus Biomasse (BTL) stehen Alternativen zum Erdöl zur Verfügung.

Es ist grundsätzlich kritisch zu sehen, inwieweit Beimischvorgaben und -zwang sinnvoll sind. Die Flächenpotentiale beim Rapsanbau sind begrenzt. Die Kosten der Ethanolerzeugung aus Getreide und Zuckerrüben werden in Europa erst bei über 100 Dollar pro Barrel Rohöl wettbewerbsfähig. Es wird sehr stark auf Importe von Biotreibstoffen gesetzt. Dies führt zu einem Preisdruck auf die europäische Erzeugung und zugleich bei uns zu einer abnehmenden Neigung, die Energieeffizienz zu erhöhen und die Technologieentwicklung weiterzutreiben.

Und es birgt weitere Gefahren: Ethanol aus dem Zuckerrohr der weltweiten Gunstlagen ist wie Palmöl aus Südostasien bei einem Rohölpreis von 35 Dollar pro Barrel konkurrenzfähig. Wenn das Landwirtschaftsministerium in Brasilien zur Ausdehnung der Bioethanolproduktion den Zuckerrohranbau von sechs auf neun Millionen Hektar bis 2014 ausdehnen will, entsprechen diese zusätzlichen drei Millionen Hektar einem Prozent der Regenwaldfläche Brasiliens. Die 8,5 Millionen Liter Bioethanol, die so zusätzlich exportiert werden könnten, entsprechen 3,5 Prozent des Benzinbedarfs in der EU. Die Palmölerzeugung in Indonesien wurde seit 1985 von 600.000 Hektar auf fünf Millionen Hektar ausgedehnt. Anträge auf weitere 20 Millionen Hektar sind gestellt. Dies entspricht der Fläche der gesamten noch unberührten Urwälder dieses Landes. Während bei der normalen Umwandlung von Flachlandregenwald in Palmölplantagen bereits eine negative Klimabilanz festzustellen ist, führt die jetzt anstehende Entwässerung von sumpfigen Torfgebieten bei der Rodung zur Freisetzung von Kohlendioxyd, das zum Teil 5.000 bis 10.000 Jahre gebunden war.

Sowohl die EU-Kommission als auch Mitgliedsstaaten planen, bei der Förderung der Einführung regenerativer Treibstoffe das Instrument der Steuerbegünstigung durch feste Beimischquoten zu ersetzen. In Deutschland wurde dies bereits umgesetzt. Dadurch

sind viele gerade von kleinen Unternehmen getätigte Investitionen in diesem jungen Wirtschaftszweig gefährdet. Steuerbegünstigungen im Bereich Biotreibstoffe haben regional angepasste Investitionen in Bereichen wie Rapspresse und Reinkraftstoff erst ermöglicht.

Die BTL-Kraftstoffe (Bio To Liquid) der zweiten Generation haben hinsichtlich der Technik und Marktreife noch erheblichen Entwicklungsbedarf. Hinterfragt werden muss auch, ob Rohstoffe wie Holz und Stroh nicht besser einer direkten Verbrennung oder KWK-Nutzung zugeführt werden sollten, anstatt den verlustreichen Weg über die Treibstoffherstellung zu gehen. Erfolgversprechender ist der Treibstoffpfad über Biogas. Die Technik der Gasaufbereitung ist technisch weit entwickelt. Der Energieertrag pro Hektar ist fünfmal so hoch wie bei der „Treibstoffpflanze“ Raps.

Deutlich herausgestellt werden muss aber, dass auch bei den günstigsten Prognosen nur ein Bruchteil des derzeitigen Kraftstoffverbrauchs pflanzlich substituiert werden kann. Eine effizientere Verkehrspolitik und vor allem ein erheblich geringerer Kraftstoffverbrauch müssen vorrangige Ziele bleiben. Wir dürfen keiner Konkurrenz von 800 Millionen kaufkräftigen Autofahrern mit zwei Milliarden Menschen, die unter dem Existenzminimum leben, tatenlos zusehen.

Biomasse-Aktionspläne

Mit der Vorlage des EU-Biomasseaktionsplans Ende 2005 wurde der Anstoß gegeben, derartige Pläne auch in den Mitgliedsländern und den Regionen zu erstellen, um die regionalen Potentiale zu ermitteln und zu mobilisieren. Die Nutzung regenerativer Energiequellen soll dann in den Regionalplänen verankert werden.

Wenn man die Energiewende will und dem Klimawandel entgegenarbeiten möchte, gehört dazu eine neue Schwerpunktsetzung bei den Finanzströmen. Von den Struktur- und Kohäsionsfondsmitteln der EU, immerhin 35 Prozent des Haushaltes, werden deutlich weniger als ein Prozent für die erneuerbaren Energien eingesetzt. Damit sind energiepolitische Fehlentwicklungen vorprogrammiert.

Im Forschungshaushalt sieht es ähnlich finster aus. Atomenergie und Kernfusion erhalten über 50 Prozent der Forschungsgelder. Mittel, die für die Entwicklung nachwachsender Rohstoffe vorgesehen sind, werden unter direkter Mitwirkung der Vertreter der großen Saatgutkonzerne in so genannten Forschungsplattformen unter dem Motto „Plants for the Future“ verplant und verteilt.

Ein Markt für Global Player

Was ist aus den Bauern geworden, die diese Produktionen über Jahre maßgeblich entwickelt und gestaltet ha-

ben? Wir haben einige große Player wie Verbio AG oder Südzucker, auf die sich wesentliche Marktanteile konzentrieren. Wir haben Anlagengrößen im Bioethanolbereich, die teilweise bis zu 300.000 Hektar für die Auslastung benötigen, was mit enormen Transportstrecken und -kosten verbunden ist – ganz abgesehen von der fragwürdigen Ökobilanz dieser am Weltmarkt nicht wettbewerbsfähigen Art der Treibstoffherstellung.

Dabei gibt es auch die kleinen und mittelständischen Brennereien, die eine erheblich bessere Ökobilanz aufweisen können: kurze Wege, Schlempe in die Biogasanlage, Wärme wieder in der Brennerei nutzen, Nähe zum landwirtschaftlichen Betrieb, um den Nährstoffkreislauf zu schließen. Betriebswirtschaftlich wären sie konkurrenzfähig, allein den Mineralölfirmen sind die Liefermengen zu klein – heißt es. Durch die Umstellung des Gesetzgebers von Steuerbegünstigung zu Beimischzwang sind dezentrale Ölmühlen und Hersteller von Reinkraftstoffen gefährdet. Nach einem Gutachten der Gaswirtschaft ist der Umsatz am Biogasmarkt mit zukünftig 15 Milliarden Euro jährlich zu beziffern. Die Milchverkäufe der deutschen Bauern ergeben gerade mal neun Milliarden Umsatz.

Entsprechend dieser Prognosen fanden zwischen Bauernverband und der Gaswirtschaft Gespräche über dieses lukrative Zukunftsfeld statt. Der Konzern EON-Ruhr gas erläuterte seine Unternehmensstrategie auf einer Fachtagung in Berlin wie folgt: Nach der gescheiterten Verhinderungsstrategie bei der Windkraft wolle man sich jetzt engagieren statt blockieren. Stören würde sich das Unternehmen mit seinen industriellen Maßstäben aber an den dezentralen Strukturen der Landwirtschaft. Auch die Staffelung der Einspeisevergütung zu Gunsten kleinerer Anlagen wurde von EON kritisiert.

Nawaro in Bauernhand

Der Gesetzgeber hat mit dem EEG einen Grundstock für eine dezentrale Entwicklung gelegt. Aber trotzdem ist es oft sinnvoll Anlagen in Kooperation zu betreiben, um eine Mindestgröße zu erlangen. Eine 500-Kilowatt-Anlage hat immerhin schon einen Flächenbedarf von 250 Hektar und eine Investitionssumme von 1,5 bis zwei Millionen Euro. Neue überbetriebliche Lösungswege sind gefragt. Ziel muss es sein, Bauern die Möglichkeit einer neuen Einkommensquelle zu erhalten und regionale Wertschöpfung zu gewährleisten. Damit werden bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Der dezentrale Ansatz ermöglicht darüber hinaus, den Nährstoffkreislauf zu schließen und eine nachhaltige Bodenbewirtschaftung zu etablieren. So wird es einfacher werden, wieder neue vielfältige Fruchtfolgen zum Tragen zu bringen. Die Expansion des Mais

als bevorzugte Biogas-Pflanze in den letzten zwei Jahren wird in der Ertrags- und Betriebssicherheit des Maisanbaus begründet. Eine Differenzierung des Nawaro-Bonus könnte hier ganz neue Entwicklungen eröffnen.

Die landwirtschaftlichen Betriebe sind oft finanziell so ausgeblutet, dass nur der Rohstoffvertrag bleibt. Viele Anlagenbetreiber fordern langjährige Rohstoffverträge über zehn bis 20 Jahre. Lieferanten müssen aufpassen, damit sie als Rohstofflieferant nicht von den Gewinnsteigerungen durch veränderte Rahmenbedingungen und effizientere Technik ausgeschlossen werden. Wie bei allen Rohstoffverträgen gilt, sich nicht nur zu binden, sondern auch eine maßgebliche Beteiligung an der Entwicklung und den Gewinnen und Verwertungen der Zukunft zu haben. Auch die Entwicklung im Anbau hin zur Vielfalt der Fruchtfolge sollte als Entwicklungsoption berücksichtigt werden.

Allein das Bewusstsein der gesteigerten Nachfrage, einer Verknappung der Rohstoffe und vielleicht ein besserer Absatz greifen zu kurz. Wenn wir die Möglichkeiten einer dynamischen ländlichen Entwicklung als Chance begreifen wollen, müssen wir den anstehenden Entwicklungen Platz und Zeit zugestehen.

Eckpunkte einer dezentralen Entwicklung

In einem von Globalisierung geprägten Markt ist die Qualifizierung der Herkünfte besonders wichtig. Andernfalls konkurrieren wir hoffnungslos mit Palmölplantagen in Südostasien oder mit Holz aus Kahlschlägen in Sibirien. Bereits in seiner jetzigen Fassung ist das EEG in Artikel 1 auf Umwelt und Nachhaltigkeit ausgerichtet. In der anstehenden Überarbeitung gilt es diese Aspekte zu erweitern, zu konkretisieren und mögliche Schlupflöcher zu schließen. Folgende Anforderungen wären zu erfüllen, um die Erzeugung und Verwertung nachwachsender Rohstoffe dezentral im ländlichen Raum zu behalten:

- Größenabhängige Staffeln beim EEG wie auch bei einem Wärmegesetz.
- Diversifizierung des Nawaro-Bonus, um gerade den Einsatz und die Entwicklung von vielfältigen Fruchtfolgen, neuen Mischkulturen, aber auch von Grünland und Zwischenfrüchten voranzutreiben.
- Staatlich verbürgter, freier Zugang zu Strom-, Gas- und Wärmenetzen.
- Erleichterte Planungen durch ein adäquates Baugesetz und Planungsrecht.
- Vereinfachte Finanzierung und Bürgschaften bei der Realisierung der Vorhaben.
- Stärkere Ausrichtung nicht nur des ELER, sondern auch der Struktur- und Regionalfonds auf innovative

Vorhaben der erneuerbaren Energien (wenn einige Bundesländer die Förderung regenerativer Energien aus ihrem Agrarinvestitionsförderprogramm AFP streichen, ist dies eine bedenkliche Entwicklung).

- Klare Präferenz für dezentrale, strukturell eingebundene Anlagen.
- Klare Nachhaltigkeitskriterien an die Herkünfte der Rohstoffe – das heißt: soziale und ökologische Ziele sind zu beachten.

Ökologische Ziele beachten

Der Ausbau der Nutzung nachwachsender Rohstoffe darf aber nicht zu Lasten anderer ökologischer Ziele gehen. Daher sind folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

- Für den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen gelten rechtlich dieselben Grundsätze wie in der „guten fachlichen Praxis“ wie für die Lebensmittelerzeugung.
- Die Flächen müssen auch nach dem Anbau von Nichtlebensmittelrohstoffen für den Anbau von Lebensmitteln geeignet sein. Das heißt zum Beispiel kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen, nur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und -mengen, die auch in der Lebensmittelgewinnung eine Zulassung haben.
- Der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen soll auf bereits landwirtschaftlich genutzten Flächen und Stilllegungsflächen stattfinden. Er darf nicht zu einer Verringerung von Dauergrünland führen.
- Es ist eine Produktion in regionalen beziehungsweise lokalen Kreisläufen anzustreben. So ist wegen der oft erheblich höheren Entzüge von Mengennährstoffen die Rückführung der Restsubstrate und damit die regionale Anbindung der Verarbeitung besonders wichtig (unter anderem wegen der weltweiten Knappheit von Rohphosphaten).
- Ökologisch wertvolle Flächen sind für den Naturschutz zu sichern und im Rahmen der Schutzziele zu bewirtschaften.
- Es sollen insbesondere nachwachsende Rohstoffe gefördert und angebaut werden, die gute Ökobilanzen vorweisen.
- Dem zunehmenden Anbau von Monokulturen (insbesondere Mais) für nachwachsende Rohstoffe ist wie auch im Lebens- und Futtermittelanbau mit wirksameren Cross Compliance-Maßnahmen zu begegnen.

Soziale Standards und Transparenz

Der Anbau und Export von Bioenergieträgern darf keinesfalls die Ernährungssicherheit- und Souveränität eines Landes gefährden. Die jeweiligen Regierungen sind im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) und bilateraler Abkommen zu verpflichten, die notwendigen politischen Rahmenbedingungen festzulegen. Soziale Arbeitsnormen und ökologische Standards müssen in den nichttarifären Regeln der WTO auch für den internationalen Handel mit erneuerbaren Rohstoffen und daraus erzeugten Produkten gelten. Die Errichtung einer internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) und mehr Transparenz in der internationalen Rohstoffwirtschaft sind erforderlich. Diese Grundsätze müssen auch Voraussetzung für Rohstoffe bilden, die in die Gunst des EEG oder von Steuervergünstigung kommen.

Bei einer Berücksichtigung dieser Grundsätze kann sichergestellt werden, dass regenerative Rohstoffgewinnung eine Win-Win-Konzeption für die Wirtschaftsentwicklung und Umwelt bedeutet: „Ziele, die zusammengehören, kommen zusammen“. Bauern und Bauerinnen müssen diese Entwicklung wesentlich mitgestalten (1).

Anmerkung

- (1) Grundlage dieses Textes sind drei Stellungnahmen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, für die der Autor als Berichterstatter 2006 zuständig war: „Nachwachsende Rohstoffe – Entwicklungsperspektiven für die stoffliche und energetische Nutzung“; „Aktionsplan der Kommission für Biomasse“; „Risiken und Probleme der Rohstoffversorgung der europäischen Industrie“ (www.toad.esc.eu.int). Die Stellungnahmen finden sich als Downloads auf den Internetseiten des Kritischen Agrarberichts (www.kritischer-agrarbericht.de).

Autor

Bernd Voss
Diplomingenieur und Milchbauer in Schleswig-Holstein sowie stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

25554 Nortorf/Diekdorf
E-Mail: dibbern-voss@t-online.de

